



Foto: Galina Gryaznova

Bei den alljährlichen Feiern zur deutschen Einheit wird in den Hintergrund gedrängt, wie es eigentlich 1949 zur Gründung von zwei deutschen Staaten kam und welche Position die Kommunistische Partei Deutschlands zur Frage der deutschen Einheit vertrat. Kaum bekannt ist, dass die KPD, die 1947 in den Westzonen 320.000 Mitglieder hatte, eine der entschiedensten Kräfte war, die für die deutsche Einheit und gegen die Gründung eines "westdeutschen Separatstaates" eintrat. Mit ihren Aktivitäten auf den Gebieten Entnazifizierung, Kampf gegen den Hunger, Wiederaufbau und Sozialisierung der Schlüsselindustrien leistete die KPD einen wichtigen Beitrag für den Aufbau der Demokratie in Westdeutschland. Das Programm der Kommunisten von 1945 zielte auf eine demokratisch-antifaschistische Entwicklung, wie sie im Potsdamer Abkommen von den Siegermächten festgelegt worden war, nicht auf eine Revolution. Trotzdem wurde die KPD in eine Außenseiterrolle gedrängt und Deutschland gespalten.

Ulrich Heyden wurde 1954 in Hamburg geboren. Er ist seit 1992 als Moskau-Korrespondent für deutschsprachige Medien tätig und berichtet heute für *der Freitag*, *Nachdenkseiten*, *Telepolis*, *Rubikon* und *RT deutsch*. In den 1990er Jahren berichtete er für den *Deutschlandfunk* und *die tageszeitung*, bis 2014 für die *Sächsische Zeitung*. Er ist Autor von „Wer hat uns 1945 befreit?“ (2020), „Ein Krieg der Oligarchen. Das Tauziehen um die Ukraine“ (2015), Mitautor von „Opposition gegen das System Putin“ (2009) und Co-Regisseur von „Lauffeuer“, dem ersten deutschsprachigen Film über den Brandangriff auf das Gewerkschaftshaus von Odessa am 2. Mai 2014.

Du. Mann an der Maschine und Mann in der Werkstatt. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Wasserrohre und keine Kochtoepfe mehr machen - sondern Stahlhelm und Maschinengewehre, dann gibt es nur eins:

Sag NEIN!

Wolfgang Borchert, 1947

Ulrich Heyden

Wie Deutschland gespalten wurde

Die Politik der KPD 1945 bis 1951

© 2020 Ulrich Heyden

Titelbild: Bundesarchiv - Hungerwinter 1947. Wegen der katastrophalen Ernährungslage legten am Montag, 31. März 1947, in Krefeld Tausende die Arbeit nieder und versammelten sich zu einer Protestkundgebung auf dem Karlsplatz.

Umschlag, Bild des Autors: Galina Gryaznova

Verlag und Druck: tredition GmbH, Halenreihe 40-44, 22359 Hamburg

ISBN

Paperback: 978-3-347-12636-7

Hardcover: 978-3-347-12637-4

e-Book: 978-3-347-12638-1

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages und des Autors unzulässig. Dies gilt insbesondere für die elektronische oder sonstige Vervielfältigung, Übersetzung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	8
Vorwort: Westdeutsche Kommunisten von 1945 bis heute	
– kein leichter Weg	11
Einleitung	33
1. Fragestellung	33
2. Quellenlage und Forschungsstand	36
3. Vorgehensweise	41

Kapitel 1

Die KPD als Partei der "antifaschistischen Demokratie"	43
1.1 Strategie, Programmatik, Politik	43
1.1.1 Politische Konzeptionen der Parteiführung in der Zeit der NS-Herrschaft	43
1.1.2 Politische Konzeptionen im kommunistischen Widerstand	55
1.1.3 Der kommunistische Widerstand in Hamburg	58
1.1.4 Der Aufruf der KPD vom Juni 1945	61
1.2. Organisation	69
1.2.1 Aufbau der KPD in Westdeutschland	69
1.2.2 Aufbau der KPD in Hamburg	88
1.2.3 Auseinandersetzung mit dem "Sektierertum"	94
1.3 Presse	98

1.3.1 Aufbau und Verbreitung der KPD/SED-Presse	98
1.3.2 Die "Hamburger Volkszeitung"	103
1.3.2.1 Programmatik und inhaltlicher Aufbau der Zeitung	103
1.3.2.2 Redaktion, Verlag, Druckerei	112
1.3.2.3 Auflage, Erscheinungsweise, Verbreitungsgebiet	122
1.3.2.4 Zensur- und Presseprozesse, Verbotsmaßnahmen	126

Kapitel 2

Das Ringen um die Einheitspartei 134

2.1 Bildung von Einheitsorganisationen in Hamburg	138
2.1.1 Sozialistische Freie Gewerkschaft	138
2.1.2 Antifas	147
2.2 Die SPD Hamburg drängt zur Einheitspartei	152
2.3 Die KPD Hamburg drängt zur Einheitspartei	164
2.4 Der Versuch der SED-Gründung in Hamburg	183
2.5 Die KPD/SVD als Einheitspartei	189

Kapitel 3

Der Kampf der KPD um die Einheit Deutschlands 196

3.1 Potsdamer Konferenz	197
3.2 Der Weg zur "separatistischen Westregierung"	201
3.2.1 Die Frage der Reparationen	209
3.2.2 Marshall-Plan	211
3.2.3 Währungsreform und Berlin-Krise	223
3.3 Grenzfragen	229

3.3.1 Die Nord- und Westgrenze	229
3.3.2 Die Oder-Neiße-Grenze	234
3.4 Exkurs: Deutsche Kriegsgefangenen in der Sowjetunion	243
3.5 Neuausrichtung der europäischen KPs	247
3.6 Neuausrichtung der KPD	255
3.7 Kampagne für den Deutschen Volkskongress	267
3.8 Die "Säuberung" der Partei	279
3.9 Die „Säuberung“ in Hamburg und Schleswig-Holstein	289
3.10 Die „Kaderbriefe“	304

Kapitel 4

Die Politik der KPD für einen

"antifaschistisch-demokratischen" Aufbau in Hamburg

4.1 Senat und Bürgerschaft	308
4.2 Die Hamburger Verwaltung	322
4.3 Wirtschafts- und Sozialpolitik	327
4.3.1 "Friedenswirtschaft"	327
4.3.2 Demontagen	335
4.3.3 Ernährung und Brennstoffversorgung	342
4.3.4 Wohnungspolitik	356
4.4 Antinazistische Politik	360
4.5 Ostflüchtlinge, "Displaced Persons", "Exodus"-Flüchtlinge	369

Zusammenfassung	376
1. Programmatik und Politik	376
2. Entwicklung der Parteiorganisation	380
3. Ansätze von Eigenständigkeit	381
4. Westdeutsche Kommunisten 1945 – 1968	383
5. War die Spaltung Deutschlands vermeidbar?	385
Ergänzende Materialien	386
Quellen- und Literaturverzeichnis	403
Kurzbiographien	433

Abkürzungsverzeichnis

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
BzG	Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
CALPO	Comité 'Alemagne Libre' Pour l'Ouest
CDP	Christlich-Demokratische Partei
CIC	Counter Intelligence Corps
CSS	Centre Sanitaire Suisse
DANA	Deutsche Allgemeine Nachrichten-Agentur
DENA	Deutsche Nachrichten-Agentur

DPD	Deutscher Presse-Dienst
DVZ	Deutsche Volkszeitung
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
GET	Gedenkstätte Ernst Thälmann, Hamburg
HAZ	Hamburger Allgemeine Zeitung
HE	Hamburger Echo
HFP	Hamburger Freie Presse
HNB	Hamburger Nachrichtenblatt
HVZ	Hamburger Volkszeitung
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IML	Institut für Marxismus-Leninismus
ISK	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
KI	Kommunistische Internationale
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
Kominform	Kommunistisches Informationsbüro
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU (B)	Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)
KPJ	Kommunistische Partei Jugoslawiens
KPO	Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition)
MB	Material Bergmann
MdBü	Mitglied der Bürgerschaft, Hamburg
MdR	Mitglied des Reichstags

ND	Neues Deutschland
NHP	Neue Hamburger Presse
NKFD	Nationalkomitee "Freies Deutschland"
NZ	Niederdeutsche Zeitung
PV	Parteivorstand
PVA	Archiv des SPD-Parteivorstandes in Bonn
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDAPR	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
Sopade	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (im Exil)
StAH	Staatsarchiv Hamburg
SVD	Sozialistische Volkspartei Deutschlands
UAP	Unabhängige Arbeiterpartei
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VD	Vortragsdisposition
VK	Versammlungskalender
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes
WuT	Wissen und Tat
WuZ	Weg und Ziel
ZA	Zentralausschuss

Vorwort

Westdeutsche Kommunisten von 1945 bis heute – kein leichter Weg

Jedes Jahr am 3. Oktober wird der „Tag der deutschen Einheit“ gefeiert. An diesem Tag trat im Jahr 1990 der Vertrag in Kraft, mit dem die DDR der Bundesrepublik beiträt.

Doch was da eigentlich gefeiert wird immer unklarer. Ostdeutschland wurde befreit von SED-Herrschaft und Stasi.

Freiheit wurde versprochen. Aber viele Deutsche haben heute das Gefühl, dass öffentlich-rechtliche Medien und private Zeitungskonzerne erneut versuchen, die Bürger in eine bestimmte politische Richtung zu lenken. Eine zunehmend anti-russische Berichterstattung löst bei vielen Menschen Unbehagen aus.

Die Infrastruktur von Ostdeutschland wurde modernisiert. Doch der Großteil der DDR-Industrie ist verschwunden. Neue Industrieansiedlungen in Ostdeutschland gibt es nur wenige.

Demokratie wurde versprochen. Doch fast alle Führungsstellen in ostdeutschen Betrieben, Verwaltungen und Medien sind mit Personen aus Westdeutschland besetzt.

Dass die beiden deutschen Staaten seit 1990 zusammenwachsen konnten, war nur möglich, weil die Sowjetunion ihre Truppen aus der DDR komplett abzog. Doch anstatt den Rückzug der Sowjetunion aus Ostdeutschland zu honorieren, setzte die deutsche Politik auf eine Osterweiterung der NATO, nach dem Motto: Russland ist schwach, wir nehmen uns noch mehr.

Westdeutsche Politiker lobten Anfang der 1990er Jahre in den höchsten Tönen die Möglichkeit ein Europa des Friedens aufzubauen. Doch statt mehr Frieden leben wir seit 2014 in akuter Kriegsgefahr. Mit dem Staatsstreich in der Ukraine kam der Kalte Krieg zurück.

Warum kam es zur Spaltung Deutschlands?

Um zu verstehen, warum alles so gelaufen ist und warum es 1949 überhaupt zur Gründung von zwei deutschen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen kam, muss man sich noch einmal die vier Nachkriegsjahre angucken, als Deutschland in vier Besatzungszonen aufgeteilt war, die sowjetische, die amerikanische, die britische und die französische.

Die vorliegende Studie, die sich mit der Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands und besonders dem Wirken der Hamburger Kommunisten in den Jahren 1945 bis 1951 beschäftigt, soll mehr Klarheit über die Frage schaffen, wer Deutschland gespalten hat.

Kaum bekannt ist, dass die westdeutsche KPD sich in den Nachkriegsjahren für die Einheit Deutschlands einsetzte. Doch die westlichen Besatzungsmächte beobachteten das Wirken der westdeutschen Kommunisten mit großer Sorge. Alles was die Einbindung Westdeutschlands in westliche Wirtschafts- und Verteidigungsbündnisse störte, verfolgten sie.

Die herrschende Meinung im Westen Deutschlands ist, dass sich die demokratische Bundesrepublik nicht mit der „Diktatur in Ostdeutschland“ vereinigen konnte, wollte sie nicht die Grundprinzipien Freiheit und Demokratie verraten. Doch diese Sichtweise blendet aus, dass der Generalsekretär der KPdSU, Josef Stalin, und der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotow, immer wieder Vorschläge für die Bildung eines geeinten Deutschlands machten. Im geeinten Deutschland sollte es eine gesamtdeutsche Regierung, ein Mehrparteiensystem, sowie Presse- und Versammlungsfreiheit geben.

Der sowjetische Außenminister Molotow schlug auf der Außenministerkonferenz der Siegermächte in Paris am 10. Juli 1946 vor: „Deutschland wird als einheitlicher friedliebender Staat, als demo-

kratische Republik mit einem aus zwei Kammern bestehenden gesamtdeutschen Parlament und einer gesamtdeutschen Regierung wiederhergestellt.“¹

Im März 1952 - drei Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik und der DDR – kam von Stalin ein letzter Vorschlag für ein einiges Deutschland, die sogenannte „Stalin-Note“. Der KPdSU-Generalsekretär schlug den USA, Großbritannien und Frankreich über einen Diplomaten vor, Deutschland zu vereinigen und einen neutralen Status zu geben. Eine gesamtdeutsche Regierung sollte einen Friedensvertrag mit den Siegermächten unterzeichnen. Spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages sollten sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte aus Deutschland abgezogen werden. Der damalige Bundeskanzler, Konrad Adenauer, lehnte Stalins Vorschlag als „Störmanöver“ ab.

Das Potsdamer Abkommen – eine ausgeschlagene Chance

Nach dem Sturz des Hitler-Faschismus durch die Siegermächte waren die Chancen für den Aufbau eines friedlichen Europas und die Regierungsbeteiligung von Kommunisten eigentlich sehr günstig. Kommunisten wurden in Italien und Frankreich an der Regierungsbildung beteiligt. Auch in Deutschland wurden Kommunisten in die zunächst ernannten Landesregierungen berufen.

Das Potsdamer Abkommen vom August 1945 schaffte die Grundlage für eine völlige Neugestaltung des politischen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland. Im Potsdamer Abkommen hatten Stalin, Truman und Churchill, die Vertreter der drei Siegermächte – Sowjetunion, USA und Großbritannien – folgendes vereinbart. „In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere

¹ Huster, Kraiker, Scherer, Schlottmann, Welteke, Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949, 1972, S. 55

Monopolvereinigungen.“ Die Entflechtung richtete sich gegen die Industrie-Kartelle, welche Hitler und die NSDAP finanziert hatten. Das Widerentstehen eines aggressiven Militarismus und Imperialismus sollte verhindert werden.

Nicht nur SPD und KPD auch die CDU orientierte sich in ihren Ahlener Programm vom Februar 1947 am Potsdamer Abkommen. Das Ahlener Programm begann mit den Sätzen: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.“

In Hessen wurden im Dezember 1946 bei einer Volksabstimmung der Artikel 41 für die Landesverfassung angenommen. Der Artikel sah die Vergesellschaftung wirtschaftlicher Grundstoff- und Schlüsselindustrien und die Beaufsichtigung oder Verwaltung von Großbanken und Versicherungsunternehmen durch den Staat vor. Doch bei der Umsetzung später haperte es. Der Artikel 41 wurden nicht umgesetzt, weil sich die CDU und die amerikanische Besatzungsbehörde querstellten.

1947 – Abkehr vom Potsdamer Abkommen

Der demokratisch-antifaschistische Impuls des Potsdamer Abkommens ging schnell verloren. Die Entnazifizierung in den Westzonen Deutschlands wurde nur halbherzig vollzogen. Am 12. März 1947 kündigte US-Präsident Harry S. Truman in einer Botschaft an den US-Kongress das freundliche Verhältnis zur Sowjetunion ganz offiziell auf. Die USA – so Truman - würden von nun an alle „freien Völker“ gegen den Kommunismus unterstützen. Damit begann die Politik der „Eindämmung“ der Sowjetunion. Staaten, die an die Sowjetunion grenzten, sollten zu antirussischen Bollwerken aufgebaut werden.

Das betraf auch Westdeutschland. Im März 1948 wurde von Frankreich, Großbritannien und den Benelux-Staaten der Brüsseler

Pakt unterzeichnet. Mit dem Brüsseler Pakt wollte man die westlichen Militärkapazitäten gegen die Sowjetunion bündeln.

1948 wurde unter Ludwig Erhard die Bizone und die Bank deutscher Länder – eine Vorgängerin der Bundesbank - gegründet. Eine endgültige Teilung Deutschlands in zwei Wirtschaftsräume erfolgte im Juni 1948 durch die Währungsreform in Westdeutschland und West-Berlin. Die Sowjetunion reagierte im gleichen Monat mit der Blockade von Westberlin.

Die einseitigen Schritte zu einer Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitik in den Westzonen widersprachen dem Potsdamer Abkommen, in dem unmissverständlich geschrieben stand: „Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten.“

Die zwiespältige Rolle des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher

Der Aufbau eines westdeutschen Separat-Staates ging zügig voran. Am 23. Mai 1949 trat das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Erst vier Monate später, am 7. Oktober 1949 erklärt sich der 2. Deutsche Volksrat zur Provisorischen Volkskammer und setzt die Verfassung der DDR in Kraft.

Nach der Gründung der Bundesrepublik erklärte Bundeskanzler Adenauer, dass allein die Bundesrepublik Deutschland das deutsche Volk vertrete, da es in Ostdeutschland keine freien Wahlen gäbe.

Die immer stärker werdende Verhärtung zwischen der Sowjetunion und den Westalliierten machte die Bedingungen für die Arbeit der KPD in Westdeutschland immer schwieriger. Die Partei musste sich in den Westzonen nicht nur mit revanchistischen Stimmungen in Teilen der Bevölkerung auseinandersetzen, die ein Ende der Entnazifizierung und eine Zurückgabe von Schlesien, Pommern und Ostpreußen forderten. Die Kommunisten in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands mussten auch zu Vorwürfen westdeutscher Medien und Politiker Stellung nehmen, nach der die

Vereinigung von KPD und SPD in der Sowjetischen Besatzungszone unter Zwang erfolgt und die Bevölkerung von Westberlin durch die „Berlin-Blockade“ der Sowjetunion in eine Notlage gebracht worden war.

Zu dem ideologischen Druck von Politikern und Medien kamen juristische Maßnahmen. In den westlichen Besatzungszonen wurden immer wieder Zeitungen der KPD verboten oder mussten wegen kritischer Äußerungen über die westlichen Besatzungsmächte für Monate ihr Erscheinen einstellen². So wurde Ende August 1947 einem der Lizenzträger der Frankfurter Rundschau, dem Kommunisten und Journalisten Emil Carlebach, die Lizenz entzogen.

Alle Versuche der KPD auch in den Westzonen eine Einheitspartei mit den Sozialdemokraten zu gründen, wurden von den westlichen Militärbehörden und dem Führer der westdeutschen SPD, Kurt Schumacher, hintertrieben oder administrativ unterbunden.

Die deutschen Kommunisten bezeichnete Kurt Schumacher wortgewaltig als "rotlackierte Nazis". Die KPD sei verantwortlich für den Zusammenbruch der Weimarer Republik. Auf ein Verhandlungsangebot der DDR-Volkskammer antwortete Schumacher am 30. Januar 1951 im Bundestag, „die deutschen Demokraten können nur mit Deutschen über Deutschland verhandeln, aber nicht mit Gesinnungsrussen, deren Deutschtum eine bloße Äußerlichkeit ist.“

Während Schumacher sich von den Kommunisten mit viel Getöse abgrenzte, äußerte er sich – im Gegensatz zu dem ersten deutschen Bundeskanzler, Konrad Adenauer - zurückhaltend zu einer Integration der westlichen Besatzungszonen in Wirtschafts- und Verteidigungsbündnisse mit westlichen Staaten. Darin sah Schumacher eine Gefährdung der Wiedervereinigung Deutschlands. Stalins Vorschlag von 1952, Deutschland zu einem neutralen Staat

² Siehe Übersicht 9 „Verbote von Zeitungen der KPD“ im Anhang

zu machen, hätte man nach Meinung des damaligen SPD-Vorsitzenden zumindest prüfen müssen.³ Dass Schumacher zunächst nicht zu den Befürwortern der Westintegration gehörte, hatte auch damit zu tun, dass sechs Millionen Deutsche, die aus den Ostgebieten nach Westdeutschland geflüchtet waren, auf eine Rückkehrmöglichkeit in ihre alte Heimat hofften. Mit seiner Rhetorik für die Einheit Deutschlands wollte Schumacher diese Menschen für die SPD gewinnen.

Antifaschisten der ersten Stunde

Trotz ihrer Reputation als mutige Kämpfer gegen Hitler, waren die führenden Politiker der KPD einem Trommelfeuer westdeutscher Medien und Politiker ausgesetzt, welche Kommunisten als Anti-Demokraten und Gefolgsleute von Stalin verächtlich machten.

Führende Mitglieder der KPD waren während des Hitler-Faschismus in Gefängnissen und Konzentrationslagern eingekerkert.

Max Reimann, seit 1948 Vorsitzender KPD in den westlichen Besatzungszonen, war ab 1942 im KZ-Sachsenhausen eingekerkert.

Kurt Müller, seit 1948 stellvertretender KPD-Vorsitzender in Westdeutschland, war sechs Jahre Gefangener im Zuchthaus Kassel und danach im KZ Sachsenhausen.

Harry Naujoks, 1946 Vorsitzender der KPD Hamburg, war von 1933 bis 1945 Häftling in verschiedenen Konzentrationslagern.

Wilhelm Prinz, von 1949 bis 1951 Landesvorsitzender der KPD Hamburg, war ab 1941 Häftling im KZ Sachsenhausen.

Erich Otto Hoffman, von 1945 bis 1950 Chefredakteur des KPD-Organs „Hamburger Volkszeitung“, war drei Jahre in Konzentrationslagern eingekerkert, zuletzt in Buchenwald.

³ Vgl. Peter Brandt, Demokratischer Sozialismus - Deutsche Einheit - Europäische Friedensordnung, Kurt Schumacher in der Nachkriegspolitik (1945 - 1952), S. 51

Einfluss in Betrieben

Die KPD in Westdeutschland war keine reine Parlamentspartei. Sie hatte auch starke Organisationen in Betrieben und Stadtteilen. In den westdeutschen Betrieben hatte die KPD in den unmittelbaren Nachkriegsjahren erheblichen Einfluss. 1947 beteiligten sich Kommunisten führend an Demonstrationen und Streiks gegen Hunger und schlechte Versorgung. Am Arbeitsplatz wog das persönliche Verhalten der Kommunisten mehr, als die Frage, wie stehst du zur Sowjetunion?

1946 waren die Betriebsräte der drei großen Hamburger Werften - Blohm & Voss, Deutsche Werft, Howaldtswerke - sowie der beiden mittelgroßen Werften - Norderwerft und Stülckenwerft - mehrheitlich Mitglieder der KPD.⁴ Im westdeutschen Bergbau waren Ende 1946 38 Prozent der Betriebsräte Mitglieder der KPD.⁵

Die Kommunisten in Westdeutschland hatten in den ersten zwei Nachkriegsjahren beachtliche Erfolge bei Wahlen und bei der Gewinnung von Mitgliedern. Der Faschismus war zerschlagen. Der Krieg hatte ungeheure Verwüstungen und soziales Elend angerichtet. Die Sowjetunion forderte zwar Reparationen aus Ostdeutschland. Aber viele Deutsche verstanden, dass der Krieg von deutschem Boden ausgegangen war und man froh sein konnte, dass dieser Krieg, der viele deutsche Städte in eine Trümmerwüste verwandelt hatte, beendet war.

Eine neue Ideologie gab es in Westdeutschland noch nicht. Die Mitläufer der NSDAP mussten sich politisch neu orientieren. In diese Lücke stieß die KPD mit ihrem Programm zu einem Aufbau eines friedlichen, demokratischen Deutschlands. Bis 1947 war die

⁴ Vgl. Andreas Rieckhoff: Die SPD-Betriebsorganisation in Hamburg 1945/46-1949/50, Magisterarbeit 1986, Bd. 1, S. 199

⁵ Vgl. Huster, Kraiker, Determinanten der westdeutschen Restauration, S. 190



Max Reimann, Vorsitzender der KPD, beim Eintreffen auf dem
3. Parteitag der SED am 20. Juli 1950, Bundesarchiv

Partei - außer in Schleswig-Holstein - in allen westdeutschen Landesparlamenten vertreten. Die KPD stellte auch Minister und Senatoren in mehreren Landesregierungen.

In Niedersachsen war das KPD-Mitglied Karl Abel in den Jahren 1946 bis 1948 Minister für Gesundheit und Minister ohne Geschäftsbereich.

In Bremen wurden 1945 zwei KPD-Mitglieder zu Senatoren ernannt. Herrmann Wolters wurde Senator für Ernährung und Arbeitseinsätze, Adolf Ehlers Senator für Wohlfahrt. Nach dem Übertritt der beiden Politiker in die SPD, bekamen 1946 zwei andere KPD-Mitglieder Senatoren-Posten. Die KPD-Mitglieder Käthe Popall und Albert Häusler wurden Senatoren für Gesundheit sowie Wohnraumbeschaffung und Brennstoffbeschaffung.

Auch in Hamburg waren 1945/46 zwei Senatoren Mitglieder der KPD. Friedrich Dettmann war Senator für Gesundheit und Franz Heitgres Senator für Flüchtlingsfürsorge und Wiedergutmachung.

Hochburg an der Elbe

Hamburg war vor und nach dem Hitler-Faschismus eine Hochburg der KPD. Im April 1932, bei den letzten freien Bürgerschaftswahlen vor dem Machtantritt der Nazis, bekam die KPD in der Hansestadt 15 Prozent der Stimmen. Bei der ersten Bürgerschaftswahl nach der Befreiung vom Faschismus, im Oktober 1946, erhielt die KPD in Hamburg 10,4 Prozent der Stimmen.

Doch der 1947 beginnende Kalte Krieg zwischen den Westmächten und der Sowjetunion vergiftete das innenpolitische Klima in den Westzonen. Bei der Hamburger Bürgerschaftswahl im Oktober 1949 sank das Wahlergebnis der Kommunisten auf 7,4 Prozent und bei den Bürgerschaftswahlen im November 1953 auf 3,2 Prozent der Stimmen.

Die Zeit von Faschismus und Krieg war für die KPD ein scharfer Einschnitt. 1933 hatte die Partei im Gebiet der späteren Westzonen 150.000 Mitglieder. Nach dem Zweiten Weltkrieg schlossen sich